

Unternehmens einsetzt. Statt dessen würden lokale Partner oftmals das Gemeinschaftsunternehmen als Mittel benutzen, Kredite für die Diversifizierung in andere Wirtschaftsbereiche aufnehmen zu können. Hierdurch würden Interesse und Ressourcen aus den zentralen Geschäftsbereichen des Gemeinschaftsunternehmens abgezogen.

Multinationale Unternehmen, die erfolgreich in China agierten, wiesen der Untersuchung nach einen höheren Anteil lokaler statt ausländischer Manager auf. Während in den Verlustunternehmen das Verhältnis zwischen ausländischen und lokalen Managern 4:5 war, lag diese Relation bei den profitablen Unternehmen bei 1:2. Welche Rolle allerdings der Zeitfaktor und damit die Erfahrung auf dem chinesischen Markt bei diesem Ergebnis spielt, wird aus der Untersuchung nicht ersichtlich. (FT, 2.10.98; SCMP, 3.10.98) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 18 Wirtschaftsentwicklung bis zum 3. Quartal 1998

Nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes hat die wirtschaftliche Entwicklung in China in den letzten Monaten die Talsohle überwunden. In den kommenden drei Monaten ist dem Sprecher des Statistikamtes zufolge mit einer weiteren Beschleunigung des Wachstumstempos zu rechnen, insbesondere auch aufgrund der hohen staatlichen Investitionen. Neben den höheren Investitionen in die Infrastruktur werde zum Wachstum auch der Wiederaufbau der von Überschwemmungen betroffenen Regionen beitragen. Gute Ernteergebnisse sowie ein boomender Bausektor würden eine höhere Zunahme des BIP als in den letzten drei Quartalen begünstigen. Weiterhin war die außenwirtschaftliche Entwicklung trotz der negativen Auswirkungen der Asienkrise auf Exporte und Auslandsinvestitionen relativ erfolgreich.

#### *Gesamtwirtschaftliches Entwicklungstempo*

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belief sich im 3. Quartal auf 7,6% und in den ersten neun Monaten auf insgesamt 7,2% im Ver-

gleich zu der Vorjahresperiode. Während die Wachstumsrate im Agrarsektor 2,5% bis Ende des 3. Quartals betrug, verzeichnete der Sekundärsektor (Industrie und Bauindustrie) eine Zunahme von 8,3% und der Tertiärsektor von 7,6%.

#### *Industriesektor*

Die Wertschöpfung im Industriesektor stieg im September um 10,2% gegenüber dem Vorjahresmonat, eine Zunahme um 2,3 Prozentpunkte gegenüber dem Monat August. Im gesamten Zeitraum von Januar bis September d.J. belief sich die Wertschöpfung im Industriesektor auf 1.439 Mrd. Yuan, eine Zunahme um 8% gegenüber der Vorjahresperiode.

Im September lag der Anstieg der industriellen Wertschöpfung bei den Unternehmen mit Auslandskapital mit 13,7% am höchsten. Auch Unternehmen im Kollektiveigentum und Aktiengesellschaften wiesen mit 11,8% und 11,4% vergleichsweise hohe Wachstumsraten auf. Staatseigene Industriebetriebe erreichten eine Zunahme von 5,8%.

In den ersten neun Monaten d.J. sollen die staatseigenen Unternehmen einen Rückgang ihrer Gewinne um 36% verzeichnet haben. Dies erscheint als eine Verbesserung, verglichen mit dem Gewinnrückgang um 43% im 1. Halbjahr 98 und um 58% im 1. Quartal 98. Allerdings sind die Lagerbestände weiter gestiegen. Bis August d.J. nahm der Wert der Lagerbestände um 9% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu. (AWSJ, 19.10.98; FT, 17./18.10.98)

#### *Preisentwicklung*

Bis Ende des 3. Quartals sanken die Einzelhandelspreise um 2,5% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Verbraucherpreise verzeichneten in diesem Zeitraum einen Rückgang um 0,7%.

Preissteigerungen für Gemüse in den von Überschwemmungen betroffenen Regionen in Nordchina lösten im September eine Zunahme des Einzelhandelspreisindex um rd. 1% gegenüber dem Vormonat aus; die Verbraucherpreise stiegen sogar um 1,5%.

#### *Investitionen*

Die schnelle Steigerung der Anlageinvestitionen hat erheblich zur Zunahme des BIP beigetragen. Im 3. Quartal beliefen sich die Investitionen in Anlagevermögen auf 503,6 Mrd. Yuan und

stiegen damit um 28,2% gegenüber der Vergleichsperiode des letzten Jahres. In den weniger entwickelten Provinzen in Westchina betrug die Zuwachsrate der Investitionen sogar 33,7% gegenüber der Vergleichsperiode des 3. Quartals 1997. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 erhöhte sich die Wachstumsrate um 14,4%. Von Januar bis September nahmen die Investitionen insgesamt um rd. 20% zu und beliefen sich auf 1.086 Mrd. Yuan.

#### *Privater Konsum*

Trotz niedriger und im Durchschnitt sogar sinkender Preise erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz in den ersten drei Quartalen um insgesamt 6,3% und betrug 2.083 Mrd. Yuan; im 3. Quartal lag die Wachstumsrate bei 7%. Während der Einzelhandelsumsatz in den städtischen Gebieten um 6,5% stieg, betrug die Zunahme in den ländlichen Gebieten 6%.

#### *Einkommensentwicklung*

Die städtischen Pro-Kopf-Nettoeinkommen beliefen sich in den ersten neun Monaten d.J. auf 4.063 Yuan, ein realer Anstieg um 6%. Die ländlichen Pro-Kopf-Einkommen betragen 1.427 Yuan und erhöhten sich real um 1%.

#### *Außenwirtschaftliche Entwicklung*

In den ersten neun Monaten d.J. belief sich das Außenhandelsvolumen auf insgesamt 232,9 Mrd. US\$, ein Anstieg um lediglich 2,4% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Exporten im Werte von 134,1 Mrd. US\$ standen Importe von 98,8 Mrd. US\$ gegenüber, so daß sich ein Handelsüberschuß von 35,3 Mrd. US\$ ergab. Während die Ausfuhren um 3,9% zunahmen, betrug der Anstieg der Einfuhren nur 0,4%. Die Zuwachsrate der Exporte ging seit Anfang des Jahres schrittweise zurück, und auch in den letzten drei Monaten d.J. wird mit einer weiteren Exportabschwächung gerechnet. Im September verzeichneten die Exporte sogar eine negative Wachstumsrate von 6,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Der relativ hohe Außenhandelsüberschuß wird vom Statistikamt auf die erfolgreiche Kompensation der Exportrückgänge im Handel mit den asiatischen Nachbarländern durch höhere Ausfuhren in die EU (+21,7%), USA (16,5%) und Kanada (10,4%) zurückgeführt.

Der Zustrom vertraglich zugesagter ausländischer Direktinvestitionen erreichte ein Volumen von 35,8 Mrd.

US\$, ein Anstieg um 2,5% gegenüber der Vorjahresperiode. Die realisierten Direktinvestitionen machten 31,4 Mrd. US\$ aus und blieben damit auf dem Niveau des Vorjahres. (XNA, 13., 14., 15. und 17.10.98; NfA, 14.10.98)

In westlichen Medien werden die offiziellen chinesischen Statistiken mit kritischer Distanz betrachtet, und es wird auf Inkonsistenzen hinsichtlich der Dynamik des Wachstums hingewiesen. Dazu gehört beispielsweise, daß zwar die Zunahme der industriellen Wertschöpfung bis zum 3. Quartal mit 8% angegeben wird, in diesem Zeitraum der Elektrizitätsoutput jedoch nur um 2% gestiegen ist. Als erklärungsbedürftig zählt auch die Tatsache, daß die Einzelhandelspreise stetig gefallen sind, obwohl der Einzelhandelsumsatz um 6,3% zugenommen hat. Zur Verwirrung der ausländischen Beobachter trug weiterhin bei, daß die Daten für den Konsum von September 1997 im nachhinein verändert wurden. Das Staatliche Statistikamt begründete diese Vorgehensweise mit dem Hinweis auf fehlerhafte Statistikerberichte von einzelnen Regionen. (FT, 17./18.10.98)

Wird von der Richtigkeit der offiziellen Statistiken ausgegangen, dann kann von ersten Tendenzen zu einer Kehrtwende, charakterisiert durch einen Anstieg des Wirtschaftswachstums, ausgegangen werden. Allerdings weisen ausländische Beobachter zu Recht darauf hin, daß diese Kehrtwende nur mit Hilfe enormer staatlicher Investitionen möglich wurde. Fraglich ist jedoch, ob die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auch den privaten Konsum stimulieren und eine selbsttragende Erholung mit sich bringen kann. (AWSJ, 19.10.98) -schü-

### 19 Regierung schließt drittgrößtes Investmentunternehmen

Anfang Oktober ordnete die Beijinger Zentralregierung die Schließung der Guangdong International Trust and Investment Cooperation (GITIC) an, da das Finanzinstitut seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. GITIC war das wichtigste Finanzierungsinstrument der Guangdonger Regierung, um Auslandskapital für Infrastrukturprojekte und im Immobiliensektor anzuziehen.

Die Zentralbank begründete in einer ersten Erklärung die Schließung von GITIC damit, daß das Unternehmen nicht in der Lage war, fällige Kredite zu bedienen, also illiquide wurde. GITIC konnte Rückzahlungen auf eine Anfang Oktober fällige Schuld von 700 Mio. US\$ nicht begleichen, da das Vermögen des Unternehmens überwiegend in kleineren Unternehmen und Projekten des Immobiliensektors in Guangdong gebunden war, die keine Gewinne abwarfen. Während vergleichbare Situationen in der Vergangenheit durch Aufnahme von Krediten bei japanischen und koreanischen Banken entspannt werden konnten, war dies im Oktober nicht möglich. Aufgrund der Asienkrise hatten sich viele Banken Japans und Koreas zurückgezogen, und GITIC war nicht mehr in der Lage, neue Kredite kurzfristig für die Bedienung der eigenen Schulden aufzunehmen. (FT, 20.10.98)

Die Bank of China (BOC) wurde damit beauftragt, die offenstehenden Schulden abzuwickeln. Bereits vor dem Zusammenbruch hatte die Zentralregierung Spezialisten aus Beijing in die Leitung von GITIC entsandt, um eine Analyse des Finanzinstituts durchzuführen. Während die Provinzregierung wohl nicht für eine Schließung votierte, bestand Beijing auf einer Abwicklung von GITIC. (HB, 9./10.10.98) Der Hongkonger Ökonom Xiao Feng von der Hong Kong Universität sieht eine direkte Verbindung zwischen der Einsetzung von Wang Qishen als stellvertretender Gouverneur der Provinz Guangdong, der als Protegé von Zhu Rongji gilt, und der Schließung von GITIC. Nach Einschätzung Xiaos soll Wang in die Provinz beordert worden sein, um dort den unbändigen Finanzmarkt zu zähmen. (*Washington Post*, 8.10.98)

Es gibt rund 250 „itics“, die allerdings ebenfalls z.T. große Probleme aufweisen. So bat Ende Oktober die Guangzhou International Trust and Investment Corporation (GZITIC) die Regierung der Provinzhauptstadt Guangzhou um eine Kapitalinfusion, um liquide bleiben zu können. Auch GZITIC hatte Probleme, Rückzahlungen auf einen Kredit in Höhe von 30 Mio. US\$ von SocGen Asia zu leisten. Im Rahmen eines 3-Punkte-Rettungsplans will die GZITIC rd. 600 Mio. Yuan Kapital von der Stadtregerung aufnehmen, Immobilien zur Deckung kurzfristig fälliger Schulden

verkaufen und ihre Bemühungen verstärken, außenstehende Kredite einzutreiben. (SCMP, 28.10.98)

Auch die Guangdong Overseas Chinese Trust and Investment Corporation (GOCTIC) kämpft derzeit um ihr Überleben. So wurde die Provinzregierung Guangdong von GOCTIC darum gebeten, ein Rettungsprogramm mit einem Volumen von 12 Mrd. Yuan bereitzustellen. Auslöser für die Probleme dieses Finanzintermediärs sollen vor allem ausstehende Kreditrückzahlungen von staatlichen Unternehmen und verspätete Umwandlungen in Devisen gewesen sein. (SCMP, 17.10.98)

Ursache für die Krise der „itics“ sind ausländischen Analysten zufolge insbesondere mangelnde interne Kontrollen, eine zu hohe kurzfristige Auslandsverschuldung und enorme Spekulationen in Immobiliengeschäften; auch die Asienkrise hat dazu beitragen, daß sich die Kreditsituation für die „itics“ verschlechtert hat. (FAZ, 29.10.98)

Bereits Anfang des Jahres hat die Ratingagentur Moody's auf die kritische Situation der „itics“ hingewiesen und ihr Rating für diese Finanzinstitute herabgestuft. Zu den besonderen Problemen der „itics“ zählten Moody's zufolge die Defizite in der Überwachung durch die Zentralbank und eine Verschlechterung der finanziellen Grundlagen der Finanzinstitute aufgrund sinkender Gewinne und einer Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung. Da 70% ihrer Kredite in Devisen erfolgten, der Hauptanteil ihrer Einnahmen jedoch aus Landeswährung bestand, waren die „itics“ einem besonders hohen Wechselkursrisiko ausgesetzt. Viele der Finanzinstitute wiesen außerdem hohe Verluste aus Investitionen in den Immobiliensektor auf. (FT, 8.10.98)

Ende Oktober d.J. reduzierte Moody's die Bewertung der fünf von Lokalregierungen kontrollierten „itics“ und kündigte eine mögliche Herabstufung der Kreditbewertung für die CITIC an. In ihrer Begründung wies Moody's auf die zunehmende Unsicherheit hin, ob die Regierung bereit und in der Lage sei, die „itics“ angemessen und rechtzeitig bei Problemen zu unterstützen. Außerdem spiegelte das schlechtere Rating die veränderte Markteinschätzung gegenüber den „itics“ wider. Bei den neu bewerteten „itics“ handelt es sich um solche in den Provinzen Fujian und Shandong,

in Shanghai, Shenzhen und Tianjin. (AWSJ, 29.10.98) -schü-

## 20 Shanghai unterstützt Entwicklung des Wohnungsmarktes

Die Shanghaier Lokalregierung hat mit Wirkung zum 1. Juni d.J. für einen Zeitraum von fünf Jahren steuerliche Vergünstigungen für Käufer von Wohnungseigentum beschlossen. Die Vergünstigungen gelten sowohl für inländische als auch ausländische Käufer. Die Maßnahme soll den Wohnungsmarkt, der durch fallende Preise und gebremste Reformen charakterisiert ist, neu beleben und Anreize für den Kauf von Wohnungen bieten.

Ob allerdings die steuerlichen Vergünstigungen ihre Wirkung entfalten können, scheint angesichts der enormen Leerstände in Shanghai sehr schwierig zu sein. In Shanghai ebenso wie in den meisten Großstädten Asiens setzte Anfang der 90er Jahre ein enormer Bauboom ein, der Tausende von Neubauten und Luxuswohnungen hervorbrachte. Nach offiziellen Statistiken entstanden in Shanghai 1996 allein 16 Mio. qm Wohnfläche und 1997 rd. 14 Mio. qm. Für 1998 wird mit einer vergleichbar hohen Wohnfläche gerechnet, die neu erstellt wurde. Die Nachfrage hat jedoch mit der schnellen Ausweitung des Angebots nicht Schritt gehalten, die Preise sind zurückgegangen und die Leerstandsrate liegt bei 30-40%.

Um Anreize für den Kauf von Wohnungseigentum zu bieten, hat die Regierung vor einigen Jahren einen staatlichen Wohnungsfonds aufgebaut, aus dem Privatkunden Kredite erhalten können. Auch Banken haben begonnen, Wohnungskredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Zinsen anzubieten. Staatliche Medien berichten, daß in Shanghai die Kreditvergabe für Wohnungskäufe in den ersten neun Monaten um 75% auf 665 Mio. US\$ gestiegen sein soll. (AWSJ, 20.10.98)

Daß Shanghai auch von fallenden Grundstückspreisen betroffen ist, zeigen andere Berichte. Während die Grundstückspreise in den 35 größten Städten um 1,6% stiegen, mußte Shanghai einen Rückgang von 6,2% verbuchen. Das Überangebot an Entwicklungsprojekten in Shanghai hat zu dieser Entwicklung geführt. Vor allem die Sonderzone Pudong ist da-

von betroffen. Hier soll Schätzungen zufolge eine Leerstandsrate von 70% bei den Büroflächen bestehen. (AWSJ, 29.10.98)

Nach wie vor werden in Pudong umfangreiche Infrastrukturprojekte durchgeführt, die nunmehr zur Unterstützung eines höheren Wirtschaftswachstums zeitlich vorgezogen wurden. So wurde die Fertigstellung des neuen internationalen Flughafens in Pudong, dessen Bau ursprünglich Ende 1999 bzw. Anfang 2000 abgeschlossen sein sollte, auf September 1999 vorgezogen. Auch der Termin für die Fertigstellung der zweiten U-Bahnlinie wurde vorgezogen und ihr Streckenumfang erhöht. Weiterhin wurde die Liste der öffentlichen Einrichtungen um eine Müllverbrennungs- und eine Abfallanlage sowie um ein Ausstellungszentrum mit einer Fläche von rd. 2.000 qm erweitert. Das Gesamtprogramm zur Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung umfaßt ein Ausgabenvolumen von zusätzlich 10-20 Mrd. Yuan in diesem und im nächsten Jahr. (AWSJ, 20.10.98)

In der Sonderzone Pudong blieb die Dynamik der Außenhandelsentwicklung nach wie vor ungebrochen, wenn auch noch auf einem relativ niedrigen Niveau. In den ersten Monaten d.J. stiegen die Exporte um 14,3% und betrugen 3,66 Mrd. US\$, die Importe nahmen um 23,6% zu und beliefen sich auf 4,26 Mrd. US\$. Unternehmen mit Auslandskapital trugen zum Außenhandel mit 54,6% bei. Textilien, Bekleidung und andere eher traditionelle Exportprodukte stellten den Hauptanteil der Ausfuhren. (SCMP, 16.10.98) -schü-

## 21 Gewerkschaften unterstützen Arbeitslose

Auf dem 13. Nationalen Gewerkschaftskongreß im Oktober d.J. wies Zhang Dinghua, stellvertretender Präsident des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, auf die aktive Rolle der Gewerkschaften bei der Sicherung der Rechte und Interessen der Arbeiter und bei der Unterstützung in Not geratener und freigesetzter Arbeitskräfte hin. Der Schutz der Interessen und Rechte der Arbeiter basiert Zhang zufolge vor allem auf der Gründung von Arbeitervertretungen in den Unternehmen, der Umsetzung des Arbeitsgesetzes, Unterstützungsprogrammen für Arbeitslose und der

Gründung von gewerkschaftlichen Basisorganisationen.

Die Gewerkschaften waren nach Zhang Dinghua in den letzten fünf Jahren in die Erarbeitung von mehr als 100 staatlichen Bestimmungen involviert. In 240.000 Unternehmen hätten rd. 60 Mio. Arbeitskräfte entsprechend dem Arbeitsgesetz Arbeitsverträge unterzeichnet. 290.000 Einheiten sollen spezielle Komitees zur Schlichtung von Arbeitskonflikten gebildet haben. Um die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, sollen in rd. 150.000 Unternehmen mit Auslandskapital Gewerkschaftsorganisationen gegründet worden sein. (XNA, 20.10.98) Andere Quellen sprechen von Gewerkschaftsorganisationen in 76.000 Gemeindeunternehmen, in über 53.000 Unternehmen mit Auslandskapital und rd. 30.000 Privatunternehmen. (XNA, 17.10.98)

Die Gewerkschaften sehen sich aufgrund der zunehmenden Entlassungen in den staatseigenen Unternehmen und damit verbundenen Arbeiterprotesten, aber auch aufgrund der Arbeitskonflikte in den Unternehmen mit Auslandskapital, neuen Herausforderungen gegenüber. Um eine Abwanderung der Arbeiter in illegale Gewerkschaften zu vermeiden, müssen sie sich stärker als zuvor für die Interessen der Arbeitskräfte einsetzen. Untergeordnet unter die Zielvorstellungen der KPCh sollen sie jedoch auch die offizielle Politik gegenüber den Arbeitern umsetzen. So forderte beispielsweise Staatspräsident Jiang Zemin in seiner Rede auf dem Gewerkschaftskongreß die Gewerkschaften dazu auf, eine größere Rolle als Brücke zwischen Partei und Arbeitern zu spielen. Gleichzeitig sollen die Gewerkschaften Jiang Zemin zufolge die Maßnahmen der Partei und Regierung zur Reform der staatseigenen Unternehmen unterstützen. (XNA, 28.10.98)

Daß die Gewerkschaften freigesetzte Arbeitskräfte vielfältig unterstützen, darauf verwies Chen Zhigang, Direktor der Abteilung für soziale Sicherung des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes. Chen zufolge haben rd. zwei Millionen entlassene Arbeiter staatlicher Verlustunternehmen mit Hilfe der Gewerkschaften wieder neue Arbeit gefunden. Der Schutz der Interessen der Arbeiter und die Unterstützung der entlassenen Arbeitskräfte bei der Suche nach einer neuen Anstellung, zählt Chen nach zu den drin-

genden Aufgaben der Gewerkschaften. (XNA, 26.10.98)

In Shanghai konnten nach Weiterbildungsmaßnahmen 2,1 Mio. Arbeitskräfte wieder eine neue Beschäftigung finden. (XNA, 26.10.98) In der Provinz Jiangsu haben die Wiederbeschäftigungszentren insgesamt 466.500 entlassenen Arbeitskräften ihre Dienste angeboten. Während der Umschulungen erhielten die entlassenen Arbeitskräfte Subventionen zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse. Die freigesetzten Arbeitskräfte haben Anspruch auf eine Zahlung von 180 Yuan während der Zeit ihrer Umschulung. Die Zahl der Wiederbeschäftigungszentren beläuft sich auf rd. 10.531 im ganzen Land. (XNA, 27.10.98) Im Industriezentrum Chongqing konnte in den ersten neun Monaten für 85.000 freigesetzte Arbeitskräfte aus staatseigenen Unternehmen eine neue Arbeitsstelle gefunden werden. In den kommenden drei Jahren werden Schätzungen der lokalen Behörden zufolge weitere 150.000 Arbeitskräfte in Chongqing freigesetzt werden müssen. (XNA, 12.10.98)

Trotz der enormen Anstrengungen, freigesetzte Arbeitskräfte fortzubilden und ihnen neue Beschäftigungen zu bieten, nimmt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich zu. Nach Aussagen von Hu Angang von der Akademie der Wissenschaften umfaßt die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen 13-15 Millionen Personen. (Nach anderen Quellen soll Hu von 15-18 Mio. gesprochen haben, SCMP, 14.10.98)

Da der Durchschnittshaushalt 3,3 Personen einschließt, sind Hu zufolge rd. 50 Mio. Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Berechnungen schließen allerdings noch nicht die rd. 160 Mio. überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte ein. Vor allem die alten Industriestandorte in Nordostchina, die mit sowjetischer Hilfe in den 50er Jahren die Schwerindustrie entwickelten, aber auch traditionelle Sektoren wie Transport und bestimmte Branchen wie die Textilindustrie weisen sehr hohe Arbeitslosenquoten auf. (XNA, 15.10.98)

Für die Gewerkschaften ist die steigende Arbeitslosigkeit, die vor allem durch Entlassungen in staatseigenen Unternehmen bedingt ist, eine enorme Herausforderung. Arbeiterproteste und die Forderung nach aktivem Einsatz der Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter resultieren je-

doch auch aus dem Verhalten vieler mit Auslandskapital aus Taiwan und Hongkong gegründeter Unternehmen. Diese Unternehmen, für die niedrige Lohnkosten am wichtigsten sind, verstoßen vielfach gegen arbeitsrechtliche und andere gesetzliche Bestimmungen.

Nach offiziellen Berichten gab es zwischen 1991 bis 1994 jährlich landesweit rd. 10.000 Arbeitskonflikte. Seit 1995 hat sich die Zahl verdoppelt, in der Provinz Guangdong gab es sogar noch weitaus mehr Arbeitskonflikte. Während in Guangdong 1995 erst 927 Arbeitskonflikte gemeldet wurden, traten 1997 1.504 Arbeitskonflikte auf. Mehr Arbeiter als zuvor sollen kollektiv vor die lokalen Behörden gezogen sein, um sich dort zu beschweren.

Auslöser für Arbeitskonflikte waren verspätete Lohnzahlungen, schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen in den Unternehmen, unbezahlte Überstunden, Arbeitsunfälle sowie Fälle, in denen Arbeiter Unternehmen wechselten und Betriebsgeheimnisse mitnahmen. Arbeitskonflikte können jedoch auch durch zu lange Arbeitszeiten pro Tag, mangelnde Sicherheitsmaßnahmen, Beeinträchtigung der menschlichen Würde der Arbeiter etc. resultieren.

Ein Beispiel dafür ist eine mit Auslandskapital aus Taiwan finanzierte Schuhfabrik in Guangdong, in der alle 1.200 Beschäftigten in einen Streik traten, um eine bessere Bezahlung durchzusetzen. Der Streik konnte durch Verhandlungen zwischen dem taiwanesischen Eigentümer und der Vertretung der Kreisgewerkschaft nach Angaben von Tian Yukun, Direktor der Abteilung für auslandsfinanzierte Unternehmen beim Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverband, zugunsten der Arbeiter geschlichtet werden. Tian zufolge gibt es in rd. ein Drittel dieser Unternehmen bereits Gewerkschaftsvertretungen. (XNA, 26.10.98)

Nach Angaben der *Guangdong Hong Kong Information Daily* soll sich durch die Asienkrise die wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen mit Auslandskapital verschärft haben, da einige ihre Produktion einschränken bzw. sogar einstellen mußten. Die durch Streiks in Guangdong verloren gegangenen Arbeitstage sollen sich im letzten Jahr auf rd. 740.000 belaufen haben. (XNA, 15.10.98)

Allerdings sind die Probleme mit Arbeitskonflikten in anderen Provinzen, insbesondere in Nordostchina und den Inlandsprovinzen noch größer. Proteste unzufriedener Arbeiter in der Öffentlichkeit nehmen zu. Beispielsweise gab es bei einer vor kurzem stattfindenden Demonstration von rd. 100 Personen in Wuhan (Hauptstadt der Provinz Hubei) sogar Arbeiter, die Schilder mit der Aufschrift „Wir wollen essen“ getragen haben sollen. (IHT, 28.10.98) -schü-

## 22 Privatkredite für Pkw-Käufe

Die Construction Bank of China (CBC) kündigte Mitte Oktober an, daß sie ab Ende des Monats Kredite für den Automobilkauf anbieten wird. Bereits 1996 hat die CBC mit Krediten für Automobilkäufe auf einer versuchsweisen Basis experimentiert.

Von den Automobilproduzenten und Verkaufsniederlassungen wurde die Ankündigung der CBC sehr begrüßt, da sie bisher überwiegend allein die Abwicklung von Finanzierungen übernehmen mußten.

Nach Einschätzung von Chen Jiamin, Verkaufsmanager der Beijing Grand Citroën Automobile Service Company, könnten die Verkaufsniederlassungen die Belastungen der Finanzierung nur sehr schwer tragen. So müßten die Verkaufsniederlassungen bei Finanzierungen zusätzlich Personal für die Abwicklung einstellen und die höheren Kosten auf den Verkaufspreis aufschlagen. Die Abwicklung der Finanzierung durch die Banken sieht Chen Xiaochun, Vertreter des führenden Fahrzeugherstellers First Automobile Works (FAW), als sehr positiv an. Auf diese Weise könnte das kommerzielle Risiko bei der Finanzierung vernünftig zwischen den Herstellern, den Verkaufsniederlassungen und den Konsumenten aufgeteilt werden. Während die Hersteller bisher alle Risiken bei langfristigen Finanzierungsverträgen getragen haben, übernehmen nunmehr die Banken die Rolle des Kreditgebers.

Die CBC hat Verträge mit drei wichtigen Fahrzeugherstellern über die Bereitstellung von Krediten unterzeichnet. Die Kredite werden beim Kauf von Fahrzeugen in rd. 100 Verkaufsniederlassungen in Beijing, Shanghai und Guangzhou angeboten. Es wird von der CBC damit gerechnet, daß

aufgrund des umfangreichen Niederlassungsnetzes der Bank in den großen und mittelgroßen Städten eine schnelle Verbreitung der Automobilkredite möglich ist.

Nach Einschätzung von Yang Zhen-sheng, Vertreter der Behörde für Maschinenbauindustrie beim Staatsrat, werden die Bankkredite für Automobilkäufe zur Expansion des Automobilmarktes beitragen. (XNA, 10.10. und 14.10.98)

Kredite für die Finanzierung von Automobilkäufen bietet auch die Industrial and Commercial Bank (ICBC) an. In Shanghai haben die Niederlassung der ICBC und die Shanghai Automotive Industry (Group) Corporation eine Vereinbarung über die Vergabe von Automobilkrediten unterzeichnet. Sowohl Privatpersonen als auch verschiedene Wirtschaftseinheiten sollen Zugang zu den Krediten erhalten. Auch die lokalen Käufer eines Santanas, der in dem Shanghai Unternehmen hergestellt wird, werden Kredite in Anspruch nehmen können. Diese haben eine Laufzeit zwischen drei bis fünf Jahren und sollen 80% der Kosten eines Fahrzeuges abdecken.

Der leichtere Zugang zu Automobilkrediten für private Nutzer wird wohl auch dazu beitragen, daß die Zahl der im privaten Eigentum befindlichen Fahrzeuge schnell steigen wird. Bisher weist z.B. Shanghai lediglich 8.000 private Fahrzeuge auf, in Beijing dagegen gibt es weitaus mehr private Automobile. (XNA, 14.10.98)

In Guangzhou, Hauptstadt der Provinz Guangdong, wurden die neuen Kreditmöglichkeiten mit großem Interesse bei den Privatkunden aufgenommen. In einer kürzlich durchgeführten Untersuchung (keine näheren Angaben dazu) sollen 26,8% der befragten Einwohner Guangzhous Interesse an einem Fahrzeugkauf auf Raten bekundet haben. Die Kunden erwarten beispielsweise, daß die Kosten beim Fahrzeugkauf um rd. 10% niedriger liegen als bisher. Neben Sicherheiten wie Immobilien und Wertpapieren sollen auch Versicherungen als Kreditgarantie eingesetzt werden können.

Sicherlich ist der Zugang zu Bankkrediten für die Finanzierung von privaten Automobilkäufen ein wichtiger Schritt, um den Fahrzeugkauf attraktiver zu machen. Jedoch stellen die vielfältigen Gebühren und Abgaben beim Kauf und beim Unter-

halt von privaten Fahrzeugen noch eine Abschreckung für viele Fahrzeuginteressenten dar. So will jede Regierungsstelle vom vielversprechenden Automobilmarkt profitieren und erhebt entsprechende Forderungen.

Nach Angaben der Behörde für Maschinenbauindustrie beim Staatsrat belaufen sich die Gebühren der Lokalregierungen, die ein privater Kunde beim Kauf eines Fahrzeuges zahlen muß, auf rd. die Hälfte des Kaufpreises. Wird das Fahrzeug dann als Taxi genutzt, sind die Gebühren höher als der Wert des Fahrzeuges. Exzessive Gebühren beschränken bisher die Ausweitung des privaten Fahrzeugmarktes sicherlich ebenso wie der Zugang zu günstigen Krediten für den Kauf. (XNA, 15.10.98) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 23 Regierungserklärung im Schatten der Asienkrise – Kontroversen über Verfassungs-, Wohnungsbau- und Sozialpolitik

Am 7. Oktober hat der Regierungschef der SVR Hongkong, Tung Chee-hwa, seine zweite Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) vor der Legislativversammlung abgegeben. (SCMP, 7.-23.10.1998) Tung deckte in seiner Rede ein weites Spektrum ab: Neben wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden auch Fragen von Bildung und Forschung, Umwelt und Lebensqualität, Sozial- und Gesundheitswesen sowie von Verfassung und Verwaltung behandelt. Der Regierungschef hob die besonderen Chancen hervor, die sich für Hongkong aus der immer dichteren Verflechtung und Kooperation mit dem chinesischen Festland ergäben.

Als zentrale Aufgabe der Regierung begreift Tung die aktive staatliche Förderung einer diversifizierten Ökonomie und der Wachstumspotentiale in Branchen mit einer hohen Wertschöpfung wie etwa der Informations- und Biotechnologie. Hierzu würden besondere Regierungsfonds geschaffen, die der anwendungsorientierten Technologieforschung zugute kommen sollen. Die vorsichtige Abkehr vom

traditionellen *laissez-faire* der britischen Kolonialregierung in Hongkong, die sich bereits in der *policy address* des letzten Jahres abzeichnete (siehe C.a., 1997/10, S.971-972), wurde hiermit bekräftigt. Die Ausweitung des Haushaltsdefizits in diesem Jahr begründete Tung mit den Konjunkturförderungsmaßnahmen der Regierung, die insbesondere der Modernisierung der Infrastruktur dienen sollen. Hingegen deutete Tung an, daß die Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherheit und des Gesundheitswesens überprüft und gegebenenfalls reduziert werden müßten.

In den Hongkonger Medien und – Umfragen zufolge – auch in der Hongkonger Bevölkerung wurde die Regierungserklärung überwiegend mit Enttäuschung aufgenommen: Die Erwartung, daß Tungs Regierung gleichsam magische Rezepte präsentieren werde, um Hongkongs derzeitige Wirtschaftskrise rasch zu beenden, erfüllte sich nicht. (AWSJ, 12.10.1998) Die regierungskritische Opposition in der Legislative nutzte diesen Umstand zu fundamentaler Kritik insbesondere an der Verfassungs- und Sozialpolitik der Exekutive.

Auf erbitterten Widerstand in der Legislative stoßen seit Monaten die Pläne der Regierung, die Hongkonger Kommunalräte (*Municipal Council* und *Regional Council*) als Zwischenebene zwischen Regierung und Bezirksorganen abzuschaffen. (NZZ, 8.10.1998) Die Kommunalräte sind unter anderem für die Überwachung der öffentlichen Hygiene zuständig und sind im Zusammenhang mit der „Hühnergrippe“-Epidemie im Frühjahr von der Regierung wegen administrativer Inkompetenz und Schwerfälligkeit kritisiert worden. Da die Mitglieder der beiden Kommunalräte überwiegend direkt gewählt werden, sieht die regierungskritische Opposition in diesen Organen jedoch ein wichtiges demokratisch legitimiertes Gegengewicht gegen die nicht demokratisch legitimierte Exekutive Tung Chee-hwas. Die Abschaffung der Kommunalräte ist deshalb zu einem erstrangigen verfassungspolitischen Streitpunkt geworden. Dessen ungeachtet hat Tung in seiner Regierungserklärung die Abschaffung der Kommunalräte (zum Ende von deren Mandatszeitraum 1999) und die gleichzeitige administrative Zentrali-